

Sibel Kara

Backlash oder Aufbruch? Diversity Management in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmendem Rechtspopulismus

Kooperationsveranstaltung der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management e.V. (idm) und dem IG Metall Vorstand am 28. April 2017 in Berlin

Kann Diversity eine politische Strategie sein, die zu mehr sozialem Zusammenhalt und sozialer Gerechtigkeit beiträgt? Oder bewirkt Diversity Management nur kleine Korrekturen in begrenzten Bereichen, während über die generellen Auswirkungen des Wirtschaftslebens sowie der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik viel Exklusion produziert wird und soziale Zusammenhänge zunehmend fragil werden? Wie umgehen mit dem zunehmenden Rechtspopulismus und Gegner*innen von Vielfalt?

Diesen und weiteren Fragen widmete sich das Fachgespräch der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management e. V. (idm), das in Kooperation mit dem IG Metall Vorstand am 28. April 2017 in den Räumen der IG Metall in Berlin stattfand.

Dabei wurden Aspekte des derzeitigen gesellschaftspolitischen Wandels vor dem Hintergrund der wachsenden sozialen Ungleichheit, vermehrter gesellschaftlicher Debatten um Migration und Integration von Geflüchteten sowie einem neu erstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland, Europa und den USA diskutiert. An dem Fachgespräch nahmen u. a. Vertreter*innen aus Gewerkschaften, Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen, Stiftungen, NROs und Migrantenselbstorganisationen, Medien sowie Expert*innen aus der Wissenschaft und Diversity-Berater*innen teil.

Soziale Ungleichheit und Diversity

Ihre Begrüßung öffnete *Petra Wlecklik* vom IG Metall Vorstand, Ressort Migration und Teilhabe, mit dem Hinweis, dass es vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr ausreiche, mit einer gefühlten Lage zu arbeiten. Die IG Metall habe gemeinsam mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) eine Studie zur Mitgliederstruktur durchgeführt. Demnach haben knapp 500.000, d. h. 22 Prozent aller Mitglieder der IG Metall einen Migrationshintergrund. Die IG Metall sei somit die größte Organisation in Deutschland, in der Menschen mit Migrationshintergrund ihre Interessen, unabhängig ihrer Herkunft, vertreten können. Vor allem mit dem neu erstarkenden Rechtspopulismus oder im Umgang mit Parteien wie der AfD sei es deshalb wichtig, die Werte der IG Metall nach vorne zu stellen.

Andreas Merx, Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management e. V. (idm), ging in seinem anschließenden Grußwort insbesondere darauf ein, dass die soziale Herkunft oder der soziökonomische Status in Diversity-Ansätzen in der Wirtschaft bisher nur selten eine größere Rolle spiele. Dies, obwohl spätestens seit den PISA-Studien bekannt sei, wie wichtig die soziale Herkunft für Bildungschancen und somit spätere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in Unternehmen sei. Auch die OECD weise seit vielen Jahren immer wieder darauf hin, dass es kein OECD-Land gebe, in dem dieser Zusammenhang so stark sei wie in Deutschland. Bisher sei Diversity noch nicht als eine umfassendere gesellschaftspolitische Strategie, die einen Beitrag zu mehr sozialem Zusammenhalt leisten könnte, erkannt worden. Es sei daher unerlässlich, dass die makropolitischen Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt so verändert werden, dass Einheit und Vielfalt, Freiheit und Gleichheit sowie eine soziale Inklusion wieder stärker zusammen wirken. Der Fachverband idm e. V. werde daher (wie bereits zur Wahl des Abgeordnetenhauses 2016 in Berlin) die Parteien im Bundestagswahlkampf mit Wahlprüfsteinen zu ihren Vorstellungen über eine Diversitätspolitik befragen.

Exklusion und Rechtspopulismus in Zeiten von Polarisierung und Radikalisierung

Prof. Dr. Martin Kronauer von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin ging in seiner Keynote insbesondere auf die Auswirkungen der durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte 2008 entstandenen Wirtschaftskrise auf die sozialen Verhältnisse in den westlichen Industrieländern ein. Insbesondere die Entfesselung von Kapital-, Güter- und Arbeitsmärkten sowie die Übertragung von Marktlogiken auf immer weitere Institutionen und Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens sei die vorherrschende Tendenz der letzten drei Jahrzehnte gewesen. Sie habe überall in Europa, aber auch in den USA, zu tiefen sozialen Verwerfungen geführt.

Die Fragen, die die Krise aufwerfe, seien eminent politisch. Dies habe daher auch Gegenbewegungen hervorgebracht, die die Politik wieder an die erste Stelle setzen wollen. Allerdings habe das propagierte Gefühl der Alternativlosigkeit der globalen Wirtschaft auch solchen Gruppierungen Auftrieb verschafft, die nicht mit dem Ziel einer Kritik kapitalistischer Marktverhältnisse oder mit den Mitteln der Demokratie eine Veränderung herbeizuführen versuchten, sondern in autoritären bis faschistischen Formen nunmehr eine Politik der Alternativlosigkeit predigen: durch eine Entgegensetzung von Freund und Feind, die in Deutschlands Rechter seit Carl Schmitt wohlbekannt sei.

Politik in einem Gemeinwesen und für ein Gemeinwesen müsse sich jedoch vor allem in die demokratische Auseinandersetzung darüber begeben, in *welcher* Gesellschaft man leben wolle und versuchen, Alternativen aufzuzeigen. Es sei daher wichtig, in den Austausch zu treten, damit das Politische nicht zum Vollzugsorgan der gerade herrschenden „blinden“ Kräfte von Märkten und Marktmacht werde.

Dr. Alexander Yendell, Mitautor der Leipziger „Mitte“-Studie 2016 von der Universität Leipzig sowie der Loughborough University England, ging in seinem Vortrag darauf ein, wie ausge-

prägt rechtsextreme Einstellungen in Deutschland sind, ob die Gesellschaft in Bezug auf die Demokratie polarisiert und radikalisiert sei, welche Faktoren die Heranbildung rechtsextremer Einstellungen beeinflussen und welche Rolle in diesem Kontext soziale Benachteiligung spielt.

Die „Mitte“-Studie Leipzig, die in einem Zeitverlauf von 2002 bis 2016 insbesondere die sozialpsychologischen Aspekte politischer Einstellungen in Deutschland in einer bevölkerungsrepräsentativen Langzeituntersuchung analysiert hat, kommt zu dem Ergebnis, dass vor allem Autoritarismus der stärkste Faktor sei, der rechtsextreme Einstellungen beeinflusst. Hier komme der Erziehung eine besondere Bedeutung zu, aber auch direkten und indirekten gesellschaftlichen Kontexten. Zunehmend würden heute auch die Wirtschaftsordnung wie auch der vom Neoliberalismus suggerierte soziale Kampf als neue Zwänge empfunden. Die Identifikation mit der Nation und dem Wirtschaftswachstum seien dabei in Deutschland und den USA besonders stark. Mehr als die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, wie Einkommen oder Arbeitslosigkeit, seien daher vor allem die kollektive Deprivation bzw. soziale Einflüsse ein wichtiger Erklärungsfaktor für rechtsextreme Einstellungen. Diese seien insgesamt auf einem hohen Niveau geblieben. Allerdings habe die Wählerschaft, die früher vergleichsweise zu ca. 23 Prozent SPD und 20 Prozent CDU gewählt habe, heute eher in der AfD ihre Heimat gefunden.

Es sei jedoch zu beachten, dass auf der Ebene rechtsextremer Einstellungen eher eine rückläufige Entwicklung zu erkennen sei, während auf der Ebene rechtsextremer Handlungen durchaus eine höhere Gewaltbereitschaft sowie ein Anstieg von Übergriffen festzustellen sei. Insgesamt sei eine Zunahme der Polarisierung und Radikalisierung erkennbar.

Diversity als Strategie – Lösungsansatz oder Symptombekämpfung?

Im Weiteren ging die Podiumsdiskussion der Frage nach, was diese gesellschaftlichen Entwicklungen für die konkrete Ausrichtung und Gestaltung von Diversity Management sowie von Diversity als gesellschaftspolischem Konzept (Diversity Politics) bedeuten und ob Diversity eine politische Strategie sein kann, die zu mehr sozialem Zusammenhalt und sozialer Gerechtigkeit beiträgt.

Dr. Alexander Yendell betonte noch einmal, dass es zwar eine Zunahme an Radikalisierung gebe, dieser Personenkreis jedoch nicht die Mehrheit der Gesellschaft abbilde. Es habe sich in Deutschland diesbezüglich einiges getan. Viele Vorurteile ließen sich bspw. im Kontakt zu anderen auflösen. So sei es wichtig, in der sozio-politischen Praxis nicht nur auf der kognitiven Ebene, sondern auch auf der emotionalen Ebene zu arbeiten.

Verena Bruchhagen, TU Dortmund, berichtete von Ihren Erfahrungen im Hochschulwesen sowie aus der Genderforschung. Dort stelle sich vielmehr die Frage, welche Diversity-Kompetenzen es brauche, die man auch lehren könne. Dabei müssten verschiedene Ansätze verbunden und erforscht werden, welche Strategien erfolgreich sein könnten.

Eren Ünsal, Landesstelle für Gleichbehandlung – Gegen Diskriminierung Berlin (LADS), gab einen Überblick über bereits bestehende Netzwerke und laufende Programme seitens der Landesregierung, die sich bereits mit den Aspekten der Chancengleichheit und Antidiskriminierung befassen. Auf politischer Ebene stelle sich nun vielmehr die Frage, wie die bereits bestehenden Maßnahmen für spezifische Gruppen miteinander zu einer Diversity-Strategie verknüpft werden können, da sich damit auf operativer Ebene auch die Frage der Ressourcen klären müsste. Dabei sei nicht mehr nur die merkmalsbezogene, sondern auch die strategische Arbeit in Bezug auf Handlungsfelder immer wichtiger.

In der Plenumsdiskussion wurde verdeutlicht, dass es eine noch tiefergehendere Auseinandersetzung und weitergehende Definition des Begriffs Diversity brauche. Diversity-Politik sei vor allem eine Politik, die in viele Bereiche reiche und somit grundlegend das gesellschaftliche Zusammenleben in allen Lebensbereichen betreffe.

Den ausführlichen Bericht zur Veranstaltung finden Sie im nächsten [idm-Diversity-Magazin](#).

Autorin

***Sibel Kara**, Mitglied des Vorstands der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management e.V. (idm).*

Kontakt: sibel.kara@idm-diversity.org

Weitere Informationen:

idm – ein starkes Netzwerk in Vielfalt

idm ist ein Fachverband mit einem bundesweiten und internationalen Netzwerk, mit Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden, NGOs und Beratung. idm bietet in zahlreichen verschiedenen Formaten und Kontexten eine Plattform, um unterschiedliche Expertisen und Erfahrungen auszutauschen und im fachlichen Dialog gemeinsam neue Perspektiven zu entwickeln. Der Verband hat das Ziel, das Bewusstsein für einen ganzheitlichen horizontalen Diversity Ansatz auf einer breiten Basis zu schärfen und entsprechende Kompetenzen zu vermitteln. Die Mitglieder organisieren Veranstaltungen auf regionaler und bundesweiter Ebene, beteiligen sich an Weiterbildungslehrgängen und führen Diversity Projekte durch, wirken in der Öffentlichkeit und machen Erkenntnisse und Beispiele aus Wissenschaft und Praxis einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. Wir bieten im Rahmen unserer Vernetzung die benötigten Fachleute und Ressourcen für Veranstaltungen, Forschung und Projekte. Kontexten eine Plattform, um unterschiedliche Expertisen und Erfahrungen auszutauschen und im fachlichen Dialog gemeinsam neue Perspektiven zu entwickeln.

Homepage der idm: <http://www.idm-diversity.org/deu/index.html>

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de